



GESCHÄFTSBERICHT 2007 EINZELABSCHLUSS

MACHT STARK.

Wir sorgen dafür.

ARAG Allgemeine Rechtsschutz-
Versicherungs-AG



Wir sorgen dafür.

Jedes Leben braucht Schutz und Sicherheit. Und jemanden, der sich mit großem Engagement und ganzem Einsatz darum kümmert. So wie die ARAG. Hinter unseren Produkten stehen Menschen, die dafür Sorge tragen, dass unsere Kunden sorgloser leben können. Unser Rat, unser Beistand und unsere Hilfe gehören genauso selbstverständlich zu unseren Versicherungsprodukten wie Spitzenleistungen in allen Facetten. Ob Rechtsfragen, Gesundheits- oder Altersvorsorge – die ARAG verbindet Kompetenz mit Aufmerksamkeit und Zuverlässigkeit. Wir stehen als verlässlicher Partner an der Seite unserer Kunden. So wie ein Lotse, der Schiffe sicher begleitet. – Sie sind gut aufgehoben. Dafür sorgen wir.

Inhalt

Kennzahlen

Das Profil des ARAG Konzerns Seite 1

Lagebericht Seite 2

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen Seite 2

II. Ertragslage Seite 4

III. Finanzlage Seite 9

IV. Vermögenslage Seite 11

V. Produktentwicklung und
andere Leistungsfaktoren Seite 12

VI. Nachtragsbericht Seite 13

VII. Abhängigkeitsbericht Seite 13

VIII. Risikobericht Seite 14

IX. Prognosebericht Seite 18

Gewinnverwendungsvorschlag Seite 20

Jahresabschluss Seite 21

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers Seite 45

Bericht des Aufsichtsrates Seite 46

Organe der Gesellschaft Seite 48

Überblick

Kennzahlen

ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

(in Tausend Euro)

	2007	Veränderung	2006	2005
Umsätze				
Gebuchte Bruttobeiträge	338.270	-0,84%	341.120	346.001
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	337.721	-0,90%	340.793	346.496
Aufwendungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	217.226	-0,52%	218.368	218.348
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	64,32%	0,38%	64,08%	63,02%
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	130.354	-7,57%	141.032	143.558
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	38,60%	-6,73%	41,38%	41,43%
Ergebnisübersicht				
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-4.453	-73,95%	-17.096	-14.645
Kapitalanlageergebnis	52.814	-24,45%	69.910	59.163
Sonstiges Ergebnis	-23.270	-0,18%	-23.311	-20.517
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	25.091	-14,96%	29.504	24.002
Außerordentliches Ergebnis	0	-100,00%	-17.062	0
Jahresüberschuss	16.691	-23,51%	21.822	19.039
Kennzahlen				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge (netto)	190,60%	2,71%	185,57%	182,77%
Eigenkapital/Verdiente Beiträge	75,40%	-0,38%	75,70%	73,35%

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick Die ARAG ist der international anerkannte unabhängige Partner für Recht und Schutz. Seit ihren Anfängen als Rechtsschutzpionier versteht sich die ARAG als Partner der Kunden. Dieses Selbstverständnis gilt heute für alle angebotenen Versicherungsleistungen des Konzerns. Als größtes Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz setzt die ARAG auf ihre unternehmerische Unabhängigkeit und Kontinuität. Das verleiht dem Konzern Stabilität, eröffnet ihm langfristige Perspektiven und gibt ihm große unternehmerische Freiheit.

Die ARAG bietet dem Kunden Orientierung und Sicherheit. Mit seiner neuen Markenstrategie begleitet der Versicherungskonzern seine Kunden künftig noch intensiver bei ihrer Risikoabsicherung: Als Risikonavigator sorgt die ARAG in allen Versicherungssparten mit einem flexiblen Leistungsangebot aus Prävention, Beratung und Kostenerstattung für noch mehr Schutz und Sicherheit in schwierigen Lebenssituationen.

Die über 3.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ARAG Konzern erwirtschafteten zuletzt ein Umsatz- und Prämienvolumen von mehr als 1,3 Milliarden €. Die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG ist für die strategische Führung des Konzerns verantwortlich und leitet das operative Rechtsschutzgeschäft, national und international. Unterhalb dieser Holding gruppieren sich alle anderen Versicherungsgesellschaften und die ARAG Dienstleistungsgesellschaften, die jeweils für die operative Führung ihres Geschäftsbereichs verantwortlich sind. Die ARAG AG bildet als vermögensverwaltende Holdinggesellschaft das gesellschaftsrechtliche Dach des ARAG Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung Der ARAG Konzern zählt zu den weltweit führenden Rechtsschutzversicherern. Die ARAG Rechtsschutz gestaltet die Märkte in diesem Segment national und international maßgeblich mit. Im deutschen Markt hat die Gesellschaft mit ihrer Neupositionierung als Rechtsnavigator einen richtungsweisenden Akzent gesetzt. Das über Jahrzehnte im heimischen Rechtsschutzmarkt gewonnene Know-how setzt der Konzern erfolgreich in zwölf weiteren europäischen Ländern und in den USA ein. Mehr als die Hälfte der Prämienumsätze der Rechtsschutzgesellschaften entfallen auf das internationale Geschäft.

Kompositversicherungen Die ARAG Allgemeine ist der Kompositversicherer des Konzerns. In ihrem hart umkämpften Markt beweist sich die Gesellschaft als starker Anbieter von Sach-, Haftpflicht-, Unfall- und Kfz-Versicherungen; mit rund 21 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist sie außerdem Europas größter Sportversicherer. ARAG Allgemeine-Tochter Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als Maklerspezialist im Privatkundensegment.

Personenversicherungen Mit neuen Ideen im Markt der privaten Krankenversicherung und in der privaten Altersvorsorge runden die ARAG Kranken und ARAG Leben das Angebot des Konzerns ab. Die ARAG Kranken ist eines der wachstumsstärksten Konzernsegmente und arbeitet gleichzeitig stark ertragsorientiert. Sie überzeugt mit einem attraktiven, leistungsstarken Angebot und belegt kontinuierlich vordere Ränge bei Produkt- und Unternehmensratings. Die ARAG Leben hat mit ihrer Produktfamilie der fondsgebundenen Rentenversicherungen ein kundenorientiertes Vorsorgeangebot im Markt etabliert: Die flexibel an individuelle Bedürfnisse anpassbare Fonds-Police überzeugt bei Leistungsvergleichen ebenfalls durch sehr gute Platzierungen.

Lagebericht der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Lage der Versicherungswirtschaft in Deutschland Der wirtschaftliche Aufschwung hat sich in Deutschland auch im Geschäftsjahr 2007 fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um weitere 2,5 Prozent, nachdem der Zuwachs im Vorjahr bei 2,9 Prozent gelegen hatte. Wesentlicher Wachstumstreiber war dabei der deutsche Außenhandel, der von der guten Entwicklung der Weltwirtschaft erneut stark profitieren konnte.

So wirkte sich die nachhaltige wirtschaftliche Belebung auch positiv auf den deutschen Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosenquote sank um 1,8 Prozentpunkte auf 9 Prozent ab. Die Verbraucherpreise stiegen nur moderat um 2,1 Prozent – trotz höherer Umsatzsteuer und deutlicher Verteuerung bei Energieträgern und Lebensmitteln.

Die privaten Haushalte hielten sich mit einer Steigerung ihres Konsums unverändert zurück. Vielmehr sank der private Konsum nach einem Vorjahres-Wachstum von 1,0 Prozent im Geschäftsjahr um 0,1 Prozent. Ein Effekt, der in erster Linie auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 zurückzuführen ist. Die privaten Haushalte hatten ihre Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter ins Jahr 2006 vorgezogen.

Die Ausgabenzurückhaltung der privaten Haushalte wirkte sich unmittelbar auf die deutsche Versicherungswirtschaft aus. Sie konnte nicht von der konjunkturellen Erholung profitieren. Die Beitragseinnahmen stiegen lediglich um 0,8 Prozent. Im Vorjahr hatte das Wachstum noch bei 2,5 Prozent gelegen. Die Gründe hierfür sind ein intensiver Wettbewerb, die erreichte Marktsättigung und die Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen. Nur die privaten Krankenversicherungen entwickelten sich mit einem Beitragsplus von 3,4 Prozent überdurchschnittlich.

In der Rechtsschutzversicherung sind die Beiträge im Geschäftsjahr um 2,5 Prozent auf rund 3,1 Milliarden € angestiegen. Dieses Wachstum ist jedoch wesentlich auf die Beitragsanpassungsmöglichkeiten ab Oktober 2006 zurückzuführen. Der Rückgang bei den Vertragsstückzahlen scheint dennoch gestoppt.

Entwicklung der ARAG Rechtsschutz im gesamtwirtschaftlichen Umfeld Die ARAG ist das größte familiengeführte Versicherungsunternehmen in Deutschland und zählt zu den drei weltweit größten Rechtsschutzversicherern. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr gebuchte Bruttobeiträge von 338,3 Millionen €. Dieser Rückgang von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist vor allem der selektiven Zeichnungspolitik der ARAG Rechtsschutz geschuldet. In 2007 wurden wichtige Weichen zur Beitragssteigerung gestellt. Darunter fällt unter anderem die Zusammenarbeit mit Finanzdienstleistern, wodurch bereits eine spürbare Produktionssteigerung erzielt werden konnte. Die umfangreichen Veränderungen und Investments zur Belebung des heimischen Rechtsschutzgeschäftes – zum Beispiel in den Stammvertrieb und in das Produktportfolio – zeigen jedoch erst allmählich ihre volle Wirkungskraft.

Im Geschäftsjahr wurde auch das Effizienzsteigerungsprogramm „Triathlon“ abgeschlossen. Mit den damit verbundenen umfangreichen Umstrukturierungen im Bereich Rechts-Service und Kunden-Service sind die Voraussetzungen geschaffen für eine schnellere, effizientere und fallabschließende Bearbeitung der Kundenanliegen. Das Programm bewirkt bereits klare Erfolge: Die Nettokostenquote sank deutlich von 41,4 Prozent im Vorjahr auf 38,6 Prozent im Berichtsjahr ab.

Darüber hinaus hat das ARAG Rechtsanwalts-Netzwerk in 2007 seine geplante Zielgröße erreicht. Auch die Zusammenarbeit mit den Partneranwälten wurde durch zahlreiche Neuerungen – wie der Schaltung einer telefonischen Anwalts-Hotline, der Verbesserung der Geschäftsprozesse oder der Implementierung intensiver Begleitmaßnahmen – optimiert. Diese Instrumente dienen einer effizienteren Schadenregulierung.

Geschäftsgebiet Das Geschäftsgebiet der ARAG Rechtsschutz erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland; in Griechenland wird eine Niederlassung betrieben.

Über rechtlich selbstständige Verbundunternehmen, die unter einheitlicher Leitung der ARAG Rechtsschutz als Muttergesellschaft stehen, wird das Rechtsschutzgeschäft darüber hinaus in Österreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Belgien, Slowenien, Großbritannien und den USA betrieben. In Portugal ist die ARAG Rechtsschutz durch eine Niederlassung ihrer spanischen Tochtergesellschaft vertreten.

Über Beteiligungen an assoziierten Rechtsschutzversicherungsunternehmen ist die ARAG Rechtsschutz auch in der Schweiz präsent.

Darüber hinaus bestehen Beteiligungen an Rechtsschutzversicherungsgesellschaften in Norwegen und in Luxemburg.

Versicherungsarten des Rechtsschutz-Versicherungsgeschäftes Das Angebot der ARAG Rechtsschutz umfasst alle in den „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutz-Versicherung“ (ARB) aufgeführten Versicherungsarten sowie die „Vermögensschaden-Rechtsschutz-Versicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer“ (VRB). Nach besonderen Versicherungsbedingungen werden der Opfer-, Scheidungs-, Unterhalts- und Spezial-Strafrechtsschutz sowie in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG das Verbundprodukt „Recht&Heim“ angeboten. Der individuelle Versicherungsschutz für Gewerbekunden wird auch über den Maklervertrieb angeboten. Die ARAG Rechtsschutz betreibt zudem in kleinerem Umfang aktives Rückversicherungsgeschäft.

Versicherungsbestand Der Bestand an selbst abgeschlossenen, mindestens einjährigen Verträgen hat sich von 1.707.286 Stück im Vorjahr auf 1.625.011 Stück im Geschäftsjahr reduziert. Hiervon entfallen 34.968 Stück auf die Betriebsstätte in Griechenland. Bei durchschnittlich zirka 1,3 versicherten Risiken je Vertrag hat die ARAG Rechtsschutz am Ende des Geschäftsjahres 2.060.102 Risiken versichert.

Mitarbeiter und Mitarbeiterqualifizierung Im Geschäftsjahr 2007 wurden verbindliche Führungsgrundsätze für die ARAG Rechtsschutz und den Gesamtkonzern ARAG erarbeitet. Diese helfen, die in den Konzernleitlinien „ARAG Essentials“ definierten Leistungsanforderungen in tägliches Führungshandeln umzusetzen. Die „ARAG Leadership Standards“ sind unter Beteiligung der Führungskräfte aller nationalen und internationalen ARAG Gesellschaften entstanden. In enger Anbindung an den Wertekanon der ARAG Essentials wurden Rolle, Aufgabe und Instrumente festgelegt, die das tägliche Handeln der Führungskräfte prägen. Nach der offiziellen Einführung der Führungsgrundsätze Anfang des Jahres 2008 wird ihre Wirksamkeit durch „Leadership Surveys“ periodisch überprüft werden.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2007 waren insgesamt 1.099 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der ARAG Rechtsschutz angestellt (Vj. 1.319 Personen). Diese nehmen – aufgrund der Funktion der Gesellschaft als operative Holding des ARAG Konzerns – zum Teil Zentralfunktionen für den Gesamtkonzern wahr. Zusätzlich befanden sich 19 Personen in der Berufsausbildung zum/zur „Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen“.

Neben der Berufsausbildung nimmt die Mitarbeiter-Fortbildung bei der ARAG Rechtsschutz einen hohen Stellenwert ein. Speziell zugeschnittene Führungs- und Projektmanagement-Seminare, individuelle projektbezogene Fortbildungsmaßnahmen sowie ein umfassendes Fachtraining rund um die Produkte sichern und erweitern den hohen Standard der Wissens- und Fachkompetenz der Belegschaft. Die ständige und qualitativ hochwertige Qualifizierung der ARAG Partner im Außendienst wird durch das ARAG Vertriebsstraining sichergestellt. Eine breite Palette von bedarfsorientierten Seminaren deckt das Wissensspektrum rund um den Verkauf und die Leistungsstärke der ARAG Produkte ab. Das Kursprogramm der ARAG Abendschule am Standort Düsseldorf steht allen Mitarbeitern der ARAG Rechtsschutz zu ihrer individuellen Fortbildung offen.

II. Ertragslage

Verlauf des gesamten Versicherungsgeschäftes Die gebuchten Bruttobeiträge sind im Berichtsjahr um 0,8 Prozent von 341,1 Millionen € auf 338,3 Millionen € erneut leicht abgesunken. Nach Kündigung eines wesentlichen Quoten-Rückversicherungsvertrages zum Geschäftsjahresende verblieben nach Rückversicherungsabgaben und weiter fallenden Beitragsüberträgen verdiente Nettobeiträge von 337,7 Millionen € gegenüber 340,8 Millionen € im Vorjahr.

Die Schadenzahlungen verringerten sich weiter nachhaltig. Sie gingen um 6,6 Prozent auf 203,9 Millionen € zurück, nachdem hier bereits im Vorjahr eine Reduktion um 10,0 Prozent zu verzeichnen war. Der Schadenaufwand für eigene Rechnung ging mit 0,5 Prozent leicht zurück und betrug 217,2 Millionen €. Durch die leicht gesunkenen Beiträge veränderte sich die bilanzielle Schadenquote mit 64,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr kaum. Sie lag damit um 0,2 Prozentpunkte über der des Vorjahres.

Durch die konsequente Optimierung von Geschäftsprozessen wurden die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Berichtsjahr nochmals um 7,6 Prozent auf 130,3 Millionen € für eigene Rechnung bei nahezu unveränderten Rückversicherungsprovisionen abgesenkt. Unter Berücksichtigung der Erträge aus der Auflösung der Schwankungsrückstellung für das übernommene Geschäft von 3,2 Millionen € und der übrigen versicherungstechnischen Aufwendungen und Erträge mit einem Saldo von 2,2 Millionen € Ertrag beläuft sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung auf einen Verlust von 4,4 Millionen € nach einem Verlust von 17,1 Millionen € im Vorjahr.

Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäftes in Deutschland

Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen im selbst abgeschlossenen Geschäft sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent leicht gesunken. Sie beliefen sich auf 326,9 Millionen € gegenüber 331,4 Millionen € im Vorjahr. Zum einen ist der Rückgang der Beitragseinnahmen auf die Fortführung der selektiven Zeichnungspolitik zurückzuführen. Zum anderen hat das Unternehmen aber sein sehr gutes Potenzial auf dem deutschen Rechtsschutzmarkt im vergangenen Geschäftsjahr nicht ausgeschöpft.

Insgesamt ist der Bestandsbeitrag von 328,1 Millionen € im Vorjahr auf 323,4 Millionen € im Geschäftsjahr zurückgegangen. Nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge und der Veränderung der Beitragsüberträge verblieben als verdiente Nettobeiträge 326,7 Millionen € (Vj. 331,1 Millionen €).

Die Schadenzahlungen verringerten sich nachhaltig und deutlich. Sie sanken von 215,3 Millionen € auf 200,4 Millionen €. Neben einem positiven Kosteneffekt aus dem Einsatz der anwaltlichen telefonischen Erstberatung ist diese Entwicklung auch auf den konsequenten Ausbau und die Nutzung des bundesweiten Anwaltsnetzwerkes zurückzuführen.

Der Geschäftsjahresschadenaufwand ist im Bilanzjahr 2007 auf 216,7 Millionen € gesunken. Die Geschäftsjahresschadenquote (brutto) liegt damit trotz der zurückgegangenen Beiträge mit 66,0 Prozent der verdienten Beiträge deutlich unterhalb des Vorjahreswertes von 69,3 Prozent. Die positiven Auswirkungen aus der Straffung der Geschäftsprozesse auch im Bereich des Leistungsmanagements zeigen deutlich Wirkung. Sie ermöglichten die Absenkung der Kalkulation sowohl für Normalschäden als auch für Spätschäden. Insgesamt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 398.009 Schäden gemeldet. Die Zahl der Schadenmeldungen ist damit gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent zurückgegangen.

Die Abwicklung der Vorjahresschadenrückstellung ergab einen Abwicklungsgewinn von 9,9 Millionen €.

Nach Abzug der Rückversicherungsanteile verblieb ein Schadenaufwand von 206,2 Millionen € gegenüber 213,9 Millionen € im Vorjahr.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb liegen mit 125,1 Millionen € um 11,4 Millionen € unterhalb des Vorjahreswertes. Hier zeigen sich vor allem die Einsparungen aus dem Effizienzsteigerungsprogramm „Triathlon“, das im Berichtsjahr abgeschlossen wurde. Die Provisionen sind gegenüber dem Vorjahr von 60,2 Millionen € auf 61,6 Millionen € angestiegen. Ein wesentlicher Grund für diesen Anstieg ist der planmäßige Ausbau des Geschäftsstellennetzes. Bei den Verwaltungskosten hat sich im Berichtsjahr der sinkende Trend fortgesetzt und sogar gekräftigt. Die Einsparungen wurden vor allem bei den Personalkosten, den Kosten für

bezogene Leistungen, für Werbung und EDV sowie bei den Aufwendungen für die Altersversorgung realisiert. Dadurch konnte die Kostenquote (brutto) insgesamt deutlich von 41,0 Prozent im Vorjahr auf 38,1 Prozent im Berichtsjahr abgesenkt werden.

Entsprechend signifikant hat die ARAG Rechtsschutz ihre versicherungstechnischen Verluste reduziert. Das versicherungstechnische Ergebnis des inländischen selbst abgeschlossenen Geschäftes lag brutto bei einem Verlust von 1,4 Millionen €, nachdem im Vorjahr noch ein Verlust von 16,6 Millionen € anfiel. Nach Abzug des Rückversicherungssaldos von 0,5 Millionen €, der durch die Kündigung eines wesentlichen Quotenvertrages beeinflusst ist, verblieb ein Verlust von 1,9 Millionen € gegenüber einem Verlust von 16,5 Millionen € im Vorjahr.

Eine Schwankungsrückstellung nach § 29 RechVersV war für das selbst abgeschlossene Geschäft nicht zu bilden.

Verlauf des Versicherungsgeschäftes der Niederlassung in Griechenland für das selbst abgeschlossene Geschäft Die Niederlassung Griechenland hat im Berichtsjahr Beitragseinnahmen von insgesamt 2.230 T€ erzielt, was einer Steigerung um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei Schadenaufwendungen von 787 T€ und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 1.871 T€ entstand ein technischer Verlust von 437 T€ (Vj. -155 T€).

Verlauf des übernommenen Versicherungsgeschäftes Durch die Hauptverwaltung in Düsseldorf wird Geschäft von den Konzerngesellschaften in den USA und Belgien sowie fremdes Geschäft durch die Zweigniederlassung in Griechenland in Rückdeckung übernommen. Die übernommenen Beiträge beliefen sich im Geschäftsjahr auf 9,1 Millionen € nach 7,5 Millionen € im Vorjahr. Die Steigerung ist auf die erhebliche Geschäftsausweitung der Niederlassung in Griechenland zurückzuführen (+ 84,5 Prozent). Unter Berücksichtigung der Schadenaufwendungen von 10,2 Millionen € (Vj. 4,0 Millionen €) und der Verwaltungsaufwendungen von 3,9 Millionen € (Vj. 3,2 Millionen €) entstand ein technischer Verlust vor Schwankungsrückstellung von 5,3 Millionen € (Vj. technischer Gewinn 0,2 Millionen €). Die Schadenaufwendungen sind überproportional angestiegen, da bei einer Tochtergesellschaft eine Sonderzuführung infolge einer an die strengeren Konzernvorgaben angepassten Schadenrückstellung erforderlich war. Diese Sonderzuführung belastet die Gesellschaft über den Quoten-Rückversicherungsvertrag in Höhe von 6,2 Millionen €.

Die Schwankungsrückstellung wurde im Geschäftsjahr vollständig aufgelöst (3,2 Millionen €). Das versicherungstechnische Ergebnis des übernommenen Geschäftes weist einen Verlust von 2,2 Millionen € (Vj. -0,4 Millionen €) aus.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis Das Beteiligungsergebnis stabilisierte sich auf einem guten Niveau. Der Beteiligungsertrag aus den Tochtergesellschaften lag im Geschäftsjahr bei 13,9 Millionen € gegenüber 13,1 Millionen € im Vorjahr. Dabei tragen die Auslandsbeteiligungen mit 13,3 Millionen € den mit Abstand größten Anteil am Beteiligungsergebnis. Wegen des im Vorjahr abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG wird das aus dieser Gesellschaft übernommene Ergebnis nicht bei den Beteiligungserträgen ausgewiesen. Die Gewinnabführung in Höhe von 22,9 Millionen € liegt über dem Vorjahresbetrag von 22,3 Millionen €. In beiden Jahren gab es Sondereinflüsse.

Begründet durch die Zunahme der Ertragskraft konnten außerplanmäßige Abschreibungen, die auf die Beteiligung an der ARAG Österreich Allgemeine Rechtsschutzversicherungs-AG in Vorjahren vorgenommen wurden, durch Zuschreibungen im Geschäftsjahr in Höhe von 6,0 Millionen € zurückgenommen werden. Bei der ARAG S.A. Assurance en Protection Juridique in Belgien wurde die Schadenrückstellung an den konzernweit gültigen Standard angehoben. Zur Flankierung dieser Maßnahme führte die ARAG Rechtsschutz eine Kapitalerhöhung als Eigenkapitalausgleich durch. Der Beteiligungsbuchwert musste daher in Höhe von 5,7 Millionen € wertberichtigt werden.

Die laufenden Grundstückserträge sind planmäßig gegenüber dem Vorjahr auf 3,9 Millionen € zurückgegangen, da die Gesellschaft im Berichtsjahr den Großteil ihres Gewerbe- und Wohnimmobilienportfolios veräußert hat. Lediglich die Hauptverwaltung in Düsseldorf und einige ausgewählte Grundstücke verblieben im Bestand. Aus den Grundstücksverkäufen ergaben sich saldiert Abgangsgewinne von 4,5 Millionen €. Wegen der Reinvestitionsabsicht in Immobilienfonds wurden 4,4 Millionen € einer Rücklage nach § 6b Abs. 3 EStG zugeführt.

Die ordentlichen Erträge aus anderen Kapitalanlagen (Wertpapiere) betragen wie im Vorjahr 29,1 Millionen €. Der Markt zeigte sich zwar im Geschäftsjahr äußerst volatil. Anfängliche Kurssteigerungen bei Aktien sowie Renditesteigerungen bei festverzinslichen Wertpapieren und die anschließenden erheblichen Verwerfungen durch die Subprime-Krise in den USA prägten die Finanzmärkte. In diesem schwierigen Umfeld wurden dennoch stabile Erträge erzielt. Gute Konjunkturprognosen und Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank setzten aber die Kurse für festverzinsliche Wertpapiere unter Druck. Dadurch gaben die Marktwerte der Fondsanteile nach, was zu außerplanmäßigen Abschreibungen von 12,6 Millionen € führte.

Das Kapitalanlageergebnis der Gesellschaft lag bei 52,8 Millionen € und damit um 17,1 Millionen € niedriger als im Vorjahr (69,9 Millionen €). Dies ist wesentlich bedingt durch die im Berichtsjahr durchgeführten außerplanmäßigen Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 12,6 Millionen € sowie durch die Vorjahres-Zuschreibungen von 6,1 Millionen € auf Wertpapierbestände.

Das sonstige Ergebnis weist einen Verlust von 23,3 Millionen € aus (Vj. 23,3 Millionen €). Dieser Verlust ist planmäßig. Hier sind Aufwendungen enthalten, denen Erträge nicht direkt zugeordnet werden können, wie zum Beispiel die Zinszuführung zur Pensionsrückstellung und der Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr ist das sonstige Ergebnis zusätzlich in Höhe von 5,1 Millionen € durch Beratungsaufwendungen belastet, die im Rahmen von Strukturänderungsmaßnahmen angefallen sind.

Im außerordentlichen Ergebnis des Vorjahres sind die direkten und die mittelbaren Auswirkungen aus dem Effizienzsteigerungsprogramm „Triathlon“ in Höhe von insgesamt 7,8 Millionen € enthalten. Zur Vermeidung einer tendenziellen Unterbewertung der Pensionsrückstellung, die bisher nach § 6a EStG bewertet wurde, ist die Abzinsung im Vorjahr auf den langfristigen Zinssatz von 5,25 Prozent angepasst worden, was zu einem einmaligen Aufwand von 9,3 Millionen € geführt hatte.

Steuern Das zu versteuernde Einkommen bei der Körperschaftsteuer enthält wegen Ergebnisabführungsverträgen auch die Bemessungsgrundlagen aus der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG und der Interlloyd Versicherungs-AG. Nach Berücksichtigung der Modifikationen zur Einkommensermittlung gegenüber dem handelsrechtlichen Ergebnis ergibt sich ein

Gesamtbetrag der Einkünfte von 9,5 Millionen €, der sich nach Verrechnung mit Verlustvorträgen auf ein zu versteuerndes Einkommen von 3,4 Millionen € reduziert. Darauf entfällt eine Körperschaftsteuer von 0,9 Millionen €.

Bei der Gewerbesteuer besteht als Organträger ebenfalls eine Organschaft mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG und der Interlloyd Versicherungs-AG. Nach Kürzung des Gewerbebeitrages von 20,6 Millionen € um bestehende Verlustvorträge entstand ein Gewerbesteueraufwand von 2,9 Millionen €.

Der Aufwand für sonstige Steuern enthält in Höhe von 1,5 Millionen € Beträge, die aufgrund der im Geschäftsjahr abgeschlossenen Lohnsteuerprüfung als Haftungsanspruchnahme gezahlt wurden.

Gesamtergebnis Durch kräftige Kostensenkungen, die im Berichtsjahr durchgeführt wurden, hat sich das versicherungstechnische Ergebnis der ARAG Rechtsschutz deutlich verbessert. Der Verlust von 17,1 Millionen € im Vorjahr wurde auf -4,4 Millionen € im Geschäftsjahr 2007 reduziert. Wesentliche Beiträge zu dieser Verbesserung leisteten vor allem das Effizienzsteigerungsprogramm „Triathlon“ mit einer Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen sowie die weitere Absenkung der Schadenaufwendungen. Die internationalen Versicherungstochtergesellschaften lieferten erneut hohe Dividendenbeiträge. Entsprechend zeigte das Beteiligungsergebnis ein gutes Niveau. Die zunächst freundliche Tendenz am Kapitalmarkt trug dazu bei, dass die Erträge aus Wertpapieren einen ordentlichen Beitrag zum Kapitalanlageergebnis geleistet haben. Zum Jahresende wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Fondsanteile vorgenommen. Diese waren aufgrund von Zinssteigerungstendenzen erforderlich geworden. Dadurch sind, wie bereits in Vorjahren, alle wesentlichen Risiken in den Kapitalanlagen bei der Bewertung berücksichtigt worden, sodass keinerlei stille Lasten bestehen. Das Kapitalanlageergebnis hat trotz des abschreibungsbedingten Rückgangs den versicherungstechnischen Verlust und das sonstige Ergebnis deutlich überkompensiert. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist von 29,5 Millionen € im Vorjahr auf 25,1 Millionen € im Berichtsjahr zurückgegangen. Außerordentliche Ergebniseinflüsse sind im Geschäftsjahr im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr eingetreten. Das Ergebnis vor Steuern hat sich entsprechend mit 25,1 Millionen € gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.

Nach Berücksichtigung des Steueraufwandes verbleibt ein Jahresüberschuss von 16,7 Millionen € gegenüber dem Vorjahresergebnis von 21,8 Millionen €, in dem ein durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) begründetes Steuerguthaben enthalten war.

Der gesetzlichen Rücklage sind nach § 150 Abs. 2 AktG 0,8 Millionen € zuzuführen, sodass der Hauptversammlung unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr ein Bilanzgewinn von 15,9 Millionen € zur Entscheidung über die Verwendung zur Verfügung steht.

III. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen über die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen nicht nur zu erfüllen, sondern eine deutliche Überdeckung zu erreichen. Zudem werden Vorbereitungen getroffen, um den erwarteten zusätzlichen Anforderungen von Solvency II an die Kapitalausstattung gerecht zu werden. Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind gemäß § 53c Abs. 3 Nr. 3b VAG als Eigenmittel qualifiziert. Die Anleihe besitzt eine unbegrenzte Laufzeit und ist durch die ARAG nach zehn Jahren ab Emission kündbar.

Die Eigen- und Garantiemittel haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

(in Tausend Euro)	31.12.2007	31.12.2006
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000
Kapital- und Gewinnrücklagen	138.773	137.038
Bilanzgewinn, soweit nicht zur Ausschüttung bestimmt	85	929
Eigenkapital	238.858	237.967
Nachranganleihe	50.000	50.000
Eigenmittel	288.858	287.967
Versicherungstechnische Rückstellungen	643.701	632.416
Garantiemittel	932.559	920.383

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2007

(in Euro)	2007	2006
I. Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuss	16.690.864	21.821.724
Veränderung der versicherungstechnischen Nettorückstellungen	11.285.048	-861.520
Veränderung der Depotforderungen und -verbindlichkeiten sowie der Abrechnungs- forderungen und -verbindlichkeiten	-2.982.262	-436.267
Veränderung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten	5.432.870	-16.546.331
Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-6.677.862	-3.733.645
Abschreibungen auf Kapitalanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	20.018.553	2.760.313
Zuschreibungen zu Kapitalanlagen	-6.482.847	-10.544.176
Veränderung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	4.412.180	0
Veränderung der übrigen Aktiva und Passiva	4.090.094	-6.759.118
Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	45.786.638	-14.299.020
II. Mittelfluss aus Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus der Tilgung und dem Verkauf von Kapitalanlagen	86.889.646	80.830.440
Auszahlungen für den Erwerb von Kapitalanlagen	-98.609.434	-57.286.152
Einzahlungen aus dem Verkauf von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-286.409	-338.359
Mittelfluss aus Investitionstätigkeit	-12.006.197	23.205.929
III. Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
Auszahlungen an Unternehmenseigner	0	0
Dividendenzahlungen	-20.000.000	-18.000.000
Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-20.000.000	-18.000.000
Zahlungswirksame Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes	13.780.441	-9.093.091
Zahlungsmittel zu Beginn des Geschäftsjahres	24.538.587	33.631.678
Zahlungsmittel am Ende des Geschäftsjahres	38.319.028	24.538.587
Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Geschäftsjahr	13.780.441	-9.093.091

Der Zahlungsmittelbestand umfasst neben den Banksalden und dem Kassenbestand auch die kurzfristig disponierten Tages- und Festgelder des Kapitalanlagebestandes.

IV. Vermögenslage

Kapitalanlagen Die im Geschäftsjahr um 5,9 Millionen € oder 0,6 Prozent auf 1.039,9 Millionen € gestiegenen Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

Kapitalanlagestruktur

(in Tausend Euro)	2007		2006	
Grundstücke und Bauten	61.127	5,9%	84.716	8,2%
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	281.076	27,0%	257.544	24,9%
Aktien und Investmentanteile	559.530	53,8%	558.001	54,0%
Inhaberschuldverschreibungen	11.968	1,1%	11.955	1,1%
Hypotheken, Grundschuld-, Rentenschuld- forderungen	8.000	0,8%	8.912	0,9%
Namenschuldverschreibungen	25.511	2,5%	20.511	2,0%
Schuldscheinforderungen, Darlehen	70.113	6,7%	70.339	6,8%
Übrige Ausleihungen	54	0,0%	201	0,0%
Einlagen bei Kreditinstituten	21.593	2,1%	21.158	2,0%
Andere Kapitalanlagen	131	0,0%	131	0,0%
Depotforderungen	821	0,1%	592	0,1%
Gesamt	1.039.924	100,0%	1.034.060	100,0%

Weder bei den Aktien und Investmentanteilen noch bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde eine Zuordnung nach § 341 b HGB zum Anlagevermögen vorgenommen.

Der Verkehrswert der Kapitalanlagen beträgt zum 31. Dezember 2007 insgesamt 1.351,4 Millionen € gegenüber 1.401,2 Millionen € zum 31. Dezember des Vorjahres.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen (Saldo sämtlicher Erträge und Aufwendungen) nahm von 69,9 Millionen € im Vorjahr auf 52,8 Millionen € im Berichtsjahr ab. Die Durchschnittsverzinsung beträgt damit 5,1 Prozent gegenüber 6,7 Prozent im Vorjahr.

Weitere Informationen über die Struktur der Kapitalanlagen und ihre Entwicklung ergeben sich aus der Übersicht auf den Seiten 38 und 39.

V. Produktentwicklung und andere Leistungsfaktoren

Im Rahmen der neuen Produkt- und Leistungsphilosophie des ARAG Rechtsnavigators führte die ARAG Ende 2005 als erster deutscher Rechtsschutzversicherer die telefonische anwaltliche Erstberatung in einem geschlossenen Tarif auf dem Markt ein. Nach den äußerst positiven Erfahrungen mit dieser Tarifgeneration platzierte die Gesellschaft im Berichtsjahr die telefonische Erstberatung als Solo-Produkt. Mit „ARAG JuraTel“, einem reinen Beratungsprodukt, kann der Kunde sofort und rund um die Uhr telefonischen Rat eines Anwaltes einholen – in allen Fragen deutschen Rechts. Zusätzlich steht den JuraTel-Kunden, wie auch allen anderen ARAG Kunden, der ARAG Online Rechts-Service beitragsfrei zur Verfügung. Dabei handelt es sich um eine in dieser Form einzigartige Datenbank rund um nahezu alle rechtlichen Fragen – inklusive Zugriff auf mehr als 700 juristisch geprüfte Musterformulare und individuell gestaltbare Vertragsvorlagen.

Flankierend wurde Mitte des Jahres 2007 eine breit angelegte Werbekampagne in Printmedien, Rundfunk und dem Internet gestartet. Im Fokus der Kampagne mit dem Slogan „Besser vorher mal die ARAG fragen“ stehen die präventive Rechtsberatung über die TÜV-geprüfte Anwaltshotline JuraTel und der ARAG Online Rechts-Service.

Seit August 2007 bietet die ARAG Rechtsschutz mit dem „Medic-Rechtsschutz für Heilberufe“ ein passgenaues Zielgruppenprodukt für Ärzte, Apotheker und andere Selbstständige im medizinisch-therapeutischen Bereich an. Ein Produkthighlight ist dabei das neue außergerichtliche Online-Forderungsmanagement, welches auch im regulären ARAG Rechtsschutz für Unternehmer und Selbstständige als inklusiver Bestandteil integriert wurde. Die Kunden können damit schnell und unkompliziert über Internet den Auftrag für ein individualisiertes anwaltliches Mahnschreiben und Forderungsmanagement erteilen, der professionell vom ARAG Partner janolaw abgewickelt wird.

Den ARAG Rechtsnavigator hat die ARAG im März 2007 auch erfolgreich im Maklermarkt platziert. Das attraktive Produkt umfasst im Makler-Tarif für Privatkunden die komplette Leistungspalette inklusive telefonischer anwaltlicher Erstberatung und wird zusätzlich durch eine Innovation ergänzt: die abschmelzende Selbstbeteiligung bei Schadenfreiheit. Auch im gewerblichen Rechtsschutz wurde der Makler-Tarif durch neue Leistungen für Kunden noch attraktiver gestaltet.

Insgesamt bildete der konsequente Auf- und Ausbau des auf das Maklergeschäft ausgerichteten Partnervertriebs einen Schwerpunkt im Geschäftsjahr. Ein Schwerpunkt lag dabei im Ausbau von Kooperationen mit führenden Finanzdienstleistern. Zur zielgerichteten Stärkung des ARAG Partnervertriebs ist im Frühjahr 2007 außerdem ein konzernweites Projekt gestartet worden, das sicherstellen soll, dass mit der richtigen Kombination aus Produkten und Konzepten, mit marktkonformen Prozessen und mit individueller Betreuung vor Ort die Bedürfnisse der Makler optimal bedient werden.

Zur deutlichen Steigerung der operativen Leistungsfähigkeit wurde in der ARAG Rechtsschutz im Jahr 2006 das Effizienzsteigerungsprogramm „Triathlon“ ausgearbeitet, dessen Maßnahmen im Jahr 2007 umgesetzt wurden. Ziel des Programmes war die Verbesserung und Beschleunigung bei allen kundennahen Arbeitsprozessen zur Erreichung einer signifikanten Kostensenkung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der neu strukturierten Einheit ARAG Kundenservice helfen nun den Kunden schnell, direkt und fallabschließend bei ihren Anliegen. Gleiches gilt für den ARAG Rechts-Service, der zum 1. Oktober 2007 am Standort Düsseldorf zentralisiert wurde. Unterstützung erhalten die Einheiten dabei durch moderne IT-Systeme.

Infolge der zum 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Novelle des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG-Novelle) wird das Versicherungsvertragsrecht grundlegend reformiert. Im Rahmen eines konzernweiten Projektes sind im abgelaufenen Geschäftsjahr auch bei der ARAG Rechtsschutz umfangreiche Maßnahmen und Anpassungen an die neuen gesetzlichen Erfordernisse fristgerecht umgesetzt worden. Damit war ein reibungsloser Geschäftsbetrieb auch nach Inkraft-Treten des neuen Rechts gewährleistet.

VI. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

VII. Abhängigkeitsbericht

An der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft ist die ARAG Aktiengesellschaft, Düsseldorf (ARAG AG), mittelbar mehrheitlich beteiligt. Das Bestehen der Mehrheitsbeteiligung wurde der ARAG Rechtsschutz am 28. April 2000 durch die Geschäftsführung der ARAG AG nach § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt.

Damit ist die ARAG Rechtsschutz ein abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG in Bezug auf die ARAG AG.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit folgender Erklärung:

„Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, hat unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Die Gesellschaft hat außer den aufgeführten Maßnahmen keine anderen berichtspflichtigen Maßnahmen vorgenommen oder unterlassen. Durch die auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden oder den mit ihm verbundenen Unternehmen durchgeführten Maßnahmen ist unserer Gesellschaft kein Nachteil entstanden.“

VIII. Risikobericht

Die Übernahme von Risiken ist Kern des Geschäftsmodells von Versicherungsunternehmen. Für das Risikomanagement ergibt sich daraus die Aufgabe, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und zu steuern. Das geschieht dezentral in den operativen Einheiten der Gesellschaften des ARAG Konzerns und liegt im Verantwortungsbereich der jeweiligen Führungskräfte. Nachdem darüber hinaus im Jahr 2005 im zentralen Konzern-Risikomanagement damit begonnen wurde, die Gesamtrisikosituation der einzelnen Unternehmen im Sinne der zu erwartenden Solvabilitätsvorschriften von Solvency II zu bewerten, ist dies 2007 in einen Regelprozess übergegangen. Insbesondere die internationalen Gesellschaften des Konzerns sowie der Konzern als Ganzes sind nunmehr Bestandteile eines einheitlichen vierteljährlichen Risikoberichtswesens. Die darin enthaltenen Bewertungen erfolgen anhand eines vom Konzern-Risikomanagement entwickelten internen Modells und des vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft vorgeschlagenen Standardansatzes. Das betriebswirtschaftlich erforderliche Risikokapital (Solvency Capital Requirement) ergibt sich im internen Modell als Value-at-Risk des Ergebnisses der ökonomischen Gewinn- und Verlustrechnung und wird der Risikotragfähigkeit (Available Solvency Margin), quantifiziert als Eigenkapital zu Marktwerten, gegenübergestellt.

In 2008 wird sich der ARAG Konzern durch die Erweiterung des internen Modells und die Umsetzung der 9. Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) weiterhin mit den quantitativen und qualitativen Aspekten von Solvency II beschäftigen. Dazu wird insbesondere die Implementierung einer risikoadjustierten Performancemessung gehören mit dem Ziel, weitere Impulse für eine wertorientierte Unternehmenssteuerung zu geben.

Die Risikolage der ARAG Rechtsschutz stellt sich gegliedert nach dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 5 – 20 zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen wie folgt dar:

Versicherungstechnische Risiken: Aufgrund der Produkt- und Kundenstruktur birgt der Versicherungsbestand nur wenige außerordentliche Risiken bezüglich möglicherweise eintretender bestandsgefährdender Großschäden. Diese sind über Rückversicherungsverträge abgesichert, sodass nur der vertretbare Selbstbehalt verbleibt, der keine Bestandsgefährdung bedeutet. Einfluss auf die Schadenentwicklung haben vielmehr Auswirkungen, die sich aufgrund veränderter gesetzlicher, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen ergeben. Des Weiteren können sich die Schadenaufwendungen durch Änderungen von Gesetzen und Verordnungen oder Gerichts- und Anwaltskosten auch für bereits eingetretene Schäden erhöhen. Diesen Risiken wird durch ständige Beobachtung der gesetzlichen und sozialen Entwicklung und der Analyse über die Auswirkungen für den Versicherungsbestand begegnet. Versicherungstarife und -bedingungen werden bei Bedarf angepasst und in den Schadenrückstellungen werden ausreichende Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Des Weiteren wird das Prämienrisiko in Teilbeständen über eine Beitragsangleichungsklausel und damit eine Anpassung der Versicherungsbeiträge an die Schadenentwicklung reduziert.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäftes sowie die stets ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Brutto-Schadenentwicklung der letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen (selbst abgeschlossenes Geschäft der Hauptverwaltung):

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2007	66,0	63,0	1,8
2006	69,3	64,6	2,8
2005	69,4	63,6	3,5
2004	66,6	65,5	0,7
2003	65,2	57,5	4,9
2002	66,2	58,9	4,8
2001	64,5	60,5	2,8
2000	62,4	58,4	2,9
1999	64,3	60,4	3,0
1998	65,3	60,5	3,9

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft: Der Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft wird durch ein effizientes und konsequentes Mahnverfahren minimiert. Das Restausfallrisiko ist durch die Dotierung von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen im Jahresabschluss mit 2.164,0 T€ (Vj. 1.777,1 T€) berücksichtigt.

Der Forderungsbestand aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft gegenüber Versicherungsnehmern, der am Bilanzstichtag älter als drei Monate war, beträgt 4.380,1 T€ (Vj. 5.974,5 T€). Der Nettoausfall nach Provisionsrückbelastung hat in den letzten drei Jahren 3,3 Prozent, 8,4 Prozent und 10,1 Prozent des Forderungsbestandes betragen.

Risiken aus Kapitalanlagen: Im Kapitalanlagebereich gewährleistet die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anlagevorschriften der §§ 54ff. VAG sowie die hierzu erlassene Anlageverordnung bereits ein hohes Maß an Risikobegrenzung hinsichtlich der Mischung und Streuung der Kapitalanlagen. Darüber hinaus hat die ARAG Rechtsschutz Anlagerichtlinien entwickelt, welche die Kapitalanlagerisiken weiter begrenzen. Derivative Finanzinstrumente werden nur in sehr begrenztem Umfang und ausschließlich zur Absicherung von Kurs- oder Zinsänderungsrisiken in Fonds eingesetzt. Zum 31. Dezember 2007 hat die Gesellschaft keine Wertpapiere dem Anlagevermögen zugeordnet und ihre Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert.

Als Versicherungsunternehmen ist die Übernahme von Risiken und das professionelle Management von Risiken das Basisgeschäft der ARAG Rechtsschutz und daher auch wesentliches Element der Kapitalanlagensteuerung. Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen insbesondere das Marktrisiko, das Bonitätsrisiko und das Liquiditätsrisiko. Eine breite Streuung der Portfolios begrenzt die Einzelrisiken, indem die Kapitalanlagen nach Anlagearten, Schuldnern und Regionen stark diversifiziert werden.

Dem Marktrisiko wird durch ein risikokapitalbasiertes Steuerungskonzept begegnet, das in Verbindung mit einer permanenten Marktbeobachtung und einer zeitnahen Berichterstattung ein Kapitalanlagen-Frühwarnsystem ermöglicht. Die regelmäßige Überprüfung der Risikosituation und der finanziellen Stabilität erfolgt darüber hinaus vierteljährlich in Form von internen Tests, denen die Kriterien der aufsichtsrechtlichen Stress-Tests zugrunde liegen. Die Stress-Tests überprüfen, ob die Gesellschaft trotz extremer Krisensituationen an den Kapitalmärkten in der Lage wäre, ohne Gegenmaßnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. In den vier Szenarien der Stress-Tests werden folgende, gleichzeitig eintretende Wertverluste unterstellt:

Szenario	R10	A35	RA25	AI30
Renten	-10%	-	-5%	-
Aktien	-	-35%	-20%	-20%
Immobilien	-	-	-	-10%

Als Ergebnis dieser Analysen lässt sich zum Bilanzstichtag feststellen, dass die ARAG Rechtsschutz sämtliche vonseiten der Aufsichtsbehörde obligatorischen Stress-Tests uneingeschränkt bestanden hat.

Strenge Anforderungen an die Finanzstärke der Schuldner und die Vermeidung einer Konzentration auf einzelne Schuldner reduzieren das Bonitätsrisiko der ARAG Rechtsschutz in hohem Maße. Die Beschränkung der festverzinslichen Wertpapiere auf nahezu ausschließliche Anlagen im Investmentgrade-Bereich trägt diesem Grundsatz Rechnung.

Das Liquiditätsrisiko wird durch eine revolvingende Finanzplanung begrenzt, in der die Zahlungsströme zeitnah ermittelt und im Zuge eines Asset-Liability-Managements aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus stellt die hohe Fungibilität der Kapitalanlagen eine kurzfristige Verwertbarkeit grundsätzlich sicher.

Der Einsatz von derivativen Instrumenten ist neben den allgemeinen Grundsätzen zusätzlich durch interne Richtlinien geregelt und beschränkt sich ausschließlich auf Absicherungsgeschäfte in Fonds.

Engagements in syndizierten Immobilienkrediten des US-Subprime-Segments bestehen weder im Direktbestand noch über Spezialfonds. Mit Ausnahme traditioneller Pfandbriefanlagen in Europa besteht kein Exposure in verbrieften Immobilienfinanzierungen.

Den Risiken aus Beteiligungen und Tochtergesellschaften begegnet die ARAG Rechtsschutz durch eine ständige Überwachung und Berichterstattung sowie durch die Einbindung in das Planungs- und Controllingsystem. Für das Management der operativen Risiken wird bei den Tochtergesellschaften selbst ausreichend Sorge getragen.

Operationale Risiken: Unter den operationalen Risiken werden alle Risiken zusammengefasst, die im Zusammenhang mit Personal, Prozessen, Organisation, IT, Naturkatastrophen, Technologie und dem externen Umfeld stehen. Das Portfolio der operationalen Risiken wurde ermittelt und vierteljährlich aktualisiert. Die Risikosteuerung erfolgt durch die Anwendung von Maßnahmen, die zur Risikoabwehr, Risikovermeidung oder Risikoverminderung geeignet sind.

Dem Risiko von Fehlentwicklungen in der Verwaltung beugt die Gesellschaft durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen vor. Interne Kontrollmaßnahmen und der permanente Einsatz der internen Revision minimieren das Risiko von gravierenden Arbeitsfehlern und Unterschlagungshandlungen.

Durch die Einführung einer professionellen Software zur Erfassung, Verwaltung und Steuerung der operationalen Risiken wird ab 2008 die Dokumentation dieser Risiken noch effizienter als bisher erfolgen.

Sonstige Risiken, Abschlussbemerkung: Die Bundesregierung plant, durch ein Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechtes (Erbschaftssteuerreformgesetz ErbStRG) die Besteuerung von Erbschaften grundlegend neu zu regeln. Dieses Gesetz kann zu einer erheblichen Benachteiligung von familiengeführten Versicherungsunternehmen im Erbfall führen. Der ARAG Konzern hat im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens aktiv und mehrfach auf diesen Sachverhalt hingewiesen und seine Position auch im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag vertreten. Sonstige besondere Risiken, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinträchtigen, bestehen nicht. Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Quantifizierung der gesamten Risikosituation/Solvabilität: Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen nach § 53c VAG und der Verordnung über die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen in der Fassung des Gesetzes zur Sanierung und Liquidation von Versicherungsunternehmen vom 10. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2478) betragen wegen der Restriktion in § 1 Abs. 6 der Kapitalausstattungsverordnung unverändert zum Vorjahr 56.452.870 €. Die zu der Bedeckung zur Verfügung stehenden Eigenmittel belaufen sich auf 261.726.673 € (Vj. 260.978.672 €). In diesen Eigenmitteln sind Bewertungsreserven nicht einbezogen worden. Die Bedeckung zum 31. Dezember 2007 beträgt 463,62 Prozent (Vj. 462,29 Prozent).

IX. Prognosebericht

Für das laufende Geschäftsjahr 2008 ist im Vergleich zum Vorjahr von einem leicht verlangsamten Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes von zirka 1,9 Prozent auszugehen. Die Ursachen für die nachlassende Dynamik liegen vor allem in der sogenannten Subprime-Krise, die die Finanzmärkte belastet. Im Inland ist mit einer stärkeren Binnennachfrage zu rechnen. Ob hierdurch auch Impulse vom privaten Konsum ausgehen und ob diese zu höheren Beiträgen in der Rechtsschutzversicherung führen werden, ist noch nicht abzusehen. Die Erfahrung aus den Vorjahren zeigt, dass die privaten Haushalte in ihrem Konsumverhalten eher sehr zurückhaltend reagieren.

Die Finanzmärkte sind aufgrund der US-Hypothekenkrise noch stark angespannt. Im Zuge der Spannungen sind die Kapitalmarktzinsen für risikoarme Anlagen wieder rückläufig. Für das Jahr 2008 wird mit einer Überwindung der Hypothekenkrise gerechnet, sodass die Zinsen wieder ansteigen dürften.

Beim Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft ist in Deutschland aufgrund der starken Wettbewerbssituation und der relativ hohen Marktsättigung in einzelnen Versicherungszweigen von keinem deutlichen Beitragszuwachs im laufenden Geschäftsjahr auszugehen.

Im deutschen Rechtsschutzversicherungsgeschäft konnten die durch die Kostenrechtsmodernisierung ausgelösten Beitragsanpassungen durch die Einführung einer telefonischen anwaltlichen Erstberatung – welche die ARAG maßgeblich im Markt etabliert hat – und durch eine außergerichtliche Konfliktbeilegung kompensiert werden. Insgesamt ist in diesem Versicherungssektor auch für 2008 nur mit einem geringen Beitragswachstum zu rechnen.

Die ARAG Rechtsschutz hat bereits in den letzten Jahren mit der Umsetzung von tief greifenden Optimierungsmaßnahmen ihre Aufbauorganisation verändert. So wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr umfangreiche Maßnahmen realisiert, um die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft zu stärken.

Im Jahr 2008 wird der ARAG Stammvertrieb, der größte Vertriebsweg der ARAG, stärker darauf ausgerichtet, seine operative Schlagkraft besser anwenden zu können. Hier hat der Stammvertrieb zuletzt sein ausgezeichnetes Potenzial auf dem deutschen Markt noch nicht ausreichend abgerufen. Wettbewerbsvergleiche zeigen, dass sich der ARAG Stammvertrieb durch eine hohe Qualität in der Beratungsleistung auszeichnet. Um dieses Leistungspotenzial noch besser entfalten zu können, wird die Stammvertriebsorganisation unter einer neuen Vertriebsführung entsprechend neu organisiert. Die ARAG Partner werden bei ihrer täglichen Verkaufstätigkeit mehr Anreize und Freiräume erhalten. Zudem ist vorgesehen, die Steuerung des Stammvertriebs deutlich zu straffen und effizienter zu gestalten.

Auch dem auf Makler ausgerichteten Partnervertrieb kommt ein entscheidender Anteil beim Beitragswachstum zu. Hier spielt die Kooperation mit führenden Finanzdienstleistern ebenso eine wichtige Rolle wie auch das Projekt zur strategischen Neuausrichtung des Partnervertriebs.

Der Neugeschäftsanteil des Vertriebs über das Internet ist im Geschäftsjahr deutlich angestiegen und betrug 4 Prozent.

Darüber hinaus bestehen weitere Kooperationskontakte zu namhaften Unternehmen aus dem Versand- und Einzelhandel, dem Tourismus und der Finanzdienstleistungsbranche.

Bei der Entwicklung neuer Produkte und Leistungen wird die ARAG Rechtsschutz in den Jahren 2008 und 2009 den Erfolg des ARAG Rechtsnavigators ausbauen.

Der Schadenaufwand der Gesellschaft wird in 2008 und 2009 noch weiter zurückgehen. Dafür werden das bundesweit flächendeckende Anwaltsnetzwerk und die Vermeidung von gerichtlichen Streitigkeiten durch die Begleitung und Beratung der Kunden – in erster Linie durch telefonische anwaltliche Erstberatung und den ARAG Online Rechts-Service – beitragen. Trotz der zu erwartenden Erhöhungstendenz bei der Schadenquote aufgrund der Neuregelung des VVG soll bei der ARAG Rechtsschutz bis Ende 2009 eine Schadenquote von 60,0 Prozent der verdienten Beiträge erreicht werden.

Die Optimierung der wesentlichen Geschäftsprozesse durch das „Triathlon-Programm“ wurde umgesetzt. Sie werden im laufenden Geschäftsjahr ihre volle Wirkung entfalten. Entsprechend wird sich die versicherungstechnische Rechnung weiter verbessern.

Die deutschen Gesellschaften im ARAG Konzern haben im Jahr 2007 den Philosophiewechsel in ihrer Anlagestrategie fortgesetzt. So wurde auch der größte Teil der nationalen, direkt gehaltenen Immobilien der ARAG Rechtsschutz im abgelaufenen Geschäftsjahr veräußert. Statt auf einer Ressourcen bindenden Direktanlage liegt der Fokus künftig auf einer wesentlich flexibleren Allokation der Mittel. Die erzielten Erlöse sollen nach sorgfältiger Analyse in strategieadäquate internationale Immobilienanlagen reinvestiert werden. Das Kapitalanlageergebnis wird auch unter Berücksichtigung der Dividendenerträge aus den internationalen Konzerngesellschaften dauerhaft mehr als 55 Millionen € betragen.

Mit Blick auf die geplanten Veränderungen in der Steuerung des Stammvertriebs und der daraus resultierenden Anpassung von Geschäftsprozessen ist für das laufende Geschäftsjahr nicht mit einem Beitragswachstum im heimischen Rechtsschutzgeschäft zu rechnen. Für das Jahr 2009 ist mit zunehmender Wirksamkeit dieser Maßnahmen von ansteigenden Beitragseinnahmen auszugehen.

Die ARAG Rechtsschutz dankt ihren Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Auch den Mitarbeitern des Innen- und des Außendienstes gilt der Dank für ihren Einsatz und die motivierte Umsetzung der neuen Anforderungen.

Gewinnverwendungsvorschlag

Bilanzgewinn Der Jahresüberschuss beträgt 16.690.863,88 €. Der Bilanzgewinn ergibt sich wie folgt:

	in Euro
Jahresüberschuss	16.690.863,88
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	28.734,80
Einstellungen in die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG	-834.543,00
Bilanzgewinn	15.885.055,68

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns Der Vorstand schlägt vor, diesen Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

	in Euro
15,8 Prozent Ausschüttung auf das Grundkapital von 100.000.000,00 €	15.800.000,00
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	0,00
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	85.055,68
Bilanzgewinn	15.885.055,68

Jahresabschluss

Jahresabschluss	
Jahresbilanz	Seite 22
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 26
Anhang	
I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	Seite 30
II. Versicherungstechnische Angaben	Seite 36
III. Nichtversicherungstechnische Angaben	Seite 38
IV. Sonstige Angaben	Seite 42
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite 45
Bericht des Aufsichtsrates	Seite 46
Organe der Gesellschaft	Seite 48

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva**A. Immaterielle Vermögensgegenstände****B. Kapitalanlagen**

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
 1. Anteile an verbundenen Unternehmen
 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
 3. Beteiligungen

III. Sonstige Kapitalanlagen

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen
davon an verbundene Unternehmen: 8.000.000,00 € (Vj. 8.911.817,49 €)
4. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - c) übrige Ausleihungen
5. Einlagen bei Kreditinstituten
6. Andere Kapitalanlagen

IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:
 1. Versicherungsnehmer
 2. Versicherungsvermittler
- II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon an verbundene Unternehmen: 134.131,52 € (Vj. 139.395,98 €)
- III. Sonstige Forderungen
davon an verbundene Unternehmen: 28.877.491,41 € (Vj. 27.504.140,89 €)
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 291.915,59 € (Vj. 75.510,72 €)

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen und Vorräte
- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
- III. Andere Vermögensgegenstände

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
- II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

F. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB**Summe der Aktiva**

	in Euro	in Euro	in Euro	2007 in Euro	2006 in Euro
				490.286,00	542.565,00
			61.126.559,33		84.716.187,54
		249.958.136,87			232.364.487,24
		2.458.068,62			2.975.495,80
		28.660.170,17			22.203.541,23
			281.076.375,66		257.543.524,27
		559.530.392,71			558.000.902,68
		11.967.782,89			11.955.000,23
		8.000.000,00			8.911.817,49
	25.511.291,88				20.511.291,88
	70.112.918,81				70.338.756,43
	54.203,18				201.411,91
		95.678.413,87			91.051.460,22
		21.593.000,00			21.157.887,27
		131.190,94			131.190,94
			696.900.780,41		691.208.258,83
			821.008,80		592.199,15
				1.039.924.724,20	1.034.060.169,79
		13.886.752,89			13.460.892,61
		4.203.200,80			4.452.862,82
			18.089.953,69		17.913.755,43
			3.238.352,36		603.441,80
			31.430.929,46		30.264.656,78
				52.759.235,51	48.781.854,01
			9.182.019,27		10.760.213,93
			16.726.028,28		3.380.700,33
			20.738.840,53		19.832.610,14
				46.646.888,08	33.973.524,40
			2.641.428,22		2.642.241,28
			311.258,76		639.314,32
				2.952.686,98	3.281.555,60
				515.475,00	947.734,00
				1.143.289.295,77	1.121.587.402,80

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Passiva**A. Eigenkapital**

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. gesetzliche Rücklage
 - 2. andere Gewinnrücklagen

IV. Bilanzgewinn

B. Nachrangige Verbindlichkeiten**C. Sonderposten mit Rücklageanteil****D. Versicherungstechnische Rückstellungen**

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

- 1. Bruttobetrag
- 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

E. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB
- IV. Sonstige Rückstellungen

F. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:
 - 1. Versicherungsnehmern
 - 2. Versicherungsvermittlern
 - davon an verbundene Unternehmen: 1.224.924,20 € (Vj. 2.131.162,37 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
 - davon an verbundene Unternehmen: 115.538,29 € (Vj. 234.079,87 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
 - davon aus Steuern: 11.919.134,37 € (Vj. 8.320.379,53 €)
 - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 46.231,05 € (Vj. 43.761,78 €)
 - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 12.972.296,83 € (Vj. 6.889.215,94 €)
 - davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 206.329,45 € (Vj. 39.606,53 €)

G. Rechnungsabgrenzungsposten**Summe der Passiva**

	in Euro	in Euro	2007 in Euro	2006 in Euro
		100.000.000,00		100.000.000,00
		54.972.569,19		54.972.569,19
	9.100.043,00			8.265.500,00
	74.700.000,00			73.800.000,00
		83.800.043,00		82.065.500,00
		15.885.055,68		20.928.734,80
			254.657.667,87	257.966.803,99
			50.000.000,00	50.000.000,00
			5.573.079,12	1.160.898,85
	74.837.989,57			75.962.056,57
	0,00			354.349,00
		74.837.989,57		75.607.707,57
	568.084.446,89			555.224.243,92
	100.551,00			2.783.111,00
		567.983.895,89		552.441.132,92
		0,00		3.191.597,00
		879.600,00		1.176.000,00
			643.701.485,46	632.416.437,49
		119.947.757,00		118.058.740,00
		5.994.688,86		171.174,22
		0,00		0,00
		20.342.675,66		25.217.751,40
			146.285.121,52	143.447.665,62
	1.575.410,05			1.593.483,00
	10.063.011,91			12.119.458,49
		11.638.421,96		13.712.941,49
		115.701,65		234.243,23
		30.619.029,56		21.769.169,32
			42.373.153,17	35.716.354,04
			698.788,63	879.242,81
			1.143.289.295,77	1.121.587.402,80

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

Posten
I. Versicherungstechnische Rechnung
1. Verdiente Beiträge f.e.R.
a) Gebuchte Bruttobeiträge
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge f.e.R.
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.
a) Zahlungen für Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
6. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f.e.R.
7. Zwischensumme
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen
9. Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.
Übertrag:

	in Euro	in Euro	2007 in Euro	2006 in Euro
	338.269.987,93			341.120.128,54
	-1.318.508,26			-1.705.551,03
		336.951.479,67		339.414.577,51
	1.124.067,00			1.403.918,42
	-354.349,00			-25.523,00
		769.718,00		1.378.395,42
			337.721.197,67	340.792.972,93
			1.937.815,26	2.087.238,96
	204.935.579,67			219.615.186,52
	-1.038.711,43			-1.218.203,29
		203.896.868,24		218.396.983,23
	-12.860.202,97			20.114,75
	-468.663,60			8.795,00
		-13.328.866,57		28.909,75
			217.225.734,81	218.368.073,48
			296.400,00	102.000,00
		130.958.360,60		141.634.710,83
		-604.767,00		-602.829,00
			130.353.593,60	141.031.881,83
			20.900,00	30.043,62
			-7.644.815,48	-16.447.787,04
			3.191.597,00	-647.786,00
			-4.453.218,48	-17.095.573,04
			-4.453.218,48	-17.095.573,04

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

Posten
Übertrag:
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung
1. Erträge aus Kapitalanlagen
a) Erträge aus Beteiligungen
davon aus verbundenen Unternehmen: 13.014.825,00 € (Vj. 11.453.489,28 €)
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
davon aus verbundenen Unternehmen: 2.508.113,75 € (Vj. 2.412.141,49 €)
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten
und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
c) Erträge aus Zuschreibungen
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
davon außerplanmäßige Abschreibungen
gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB: 19.268.601,21 € (Vj. 1.921.173,76 €)
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil
3. Sonstige Erträge
4. Sonstige Aufwendungen
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit
6. Außerordentliche Erträge
7. Außerordentliche Aufwendungen
8. Außerordentliches Ergebnis
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
davon Organschaftumlage: 82.340,00 € (Vj. -91.632,43 €)
10. Sonstige Steuern
davon Organschaftumlage: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
11. Jahresüberschuss
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen
a) in die gesetzliche Rücklage
14. Bilanzgewinn

	in Euro	in Euro	in Euro	2007 in Euro	2006 in Euro
				-4.453.218,48	-17.095.573,04
		13.855.163,39			13.138.144,10
	3.911.670,12				4.647.266,77
	29.116.058,66				29.183.304,64
		33.027.728,78			33.830.571,41
		6.482.847,08			10.544.175,69
		7.587.603,86			3.733.644,84
		22.929.249,07			22.330.783,85
		0,00			0,00
			83.882.592,18		83.577.319,89
		6.066.753,60			10.978.620,76
		19.679.835,31			2.569.162,21
		909.742,00			118.787,22
		4.412.180,27			0,00
			31.068.511,18		13.666.570,19
				52.814.081,00	69.910.749,70
			89.918.603,63		88.131.519,22
			113.189.287,30		111.442.736,96
				-23.270.683,67	-23.311.217,74
				29.543.397,33	46.599.531,96
				25.090.178,85	29.503.958,92
			0,00		0,00
			0,00		17.062.324,69
				0,00	-17.062.324,69
			6.651.320,47		-9.603.935,97
			1.747.994,50		223.845,84
				8.399.314,97	-9.380.090,13
				16.690.863,88	21.821.724,36
				28.734,80	198.233,44
				-834.543,00	-1.091.223,00
				15.885.055,68	20.928.734,80

I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften Die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere der §§ 341 ff., und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8. November 1994 aufgestellt.

Dabei wurden für die Gliederung des Jahresabschlusses die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV angewandt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Die Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften der §§ 341 ff. HGB wurden berücksichtigt. Die zusätzlichen, nach § 342 Abs. 2 HGB als „Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung“ geltenden Rechnungslegungsvorschriften des DRSC für den Konzernabschluss wurden, soweit deren Anwendung für den Einzelabschluss empfohlen ist, weitestgehend angewendet.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten aktiviert und werden linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Davon ausgenommen ist ein gewerbliches Schutzrecht im Wert von 50.000 €, das als nicht abnutzbar behandelt wird.

Grundstücke sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet worden. Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB wurden nicht vorgenommen. Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB wurden im Umfang von 460.162,69 € auf ein unbebautes Grundstück durchgeführt, da die Gründe für die Wertminderung weggefallen sind.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bewertet, teilweise gekürzt um Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen in Höhe von 6.596.069,51 € vorzunehmen. Wertaufholungen nach § 280 Abs. 1 HGB wurden in Höhe von 6.000.000,00 € bei Anteilen an verbundenen Unternehmen durch Zuschreibungen berücksichtigt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen bestanden im Geschäftsjahr an folgenden Gesellschaften:

(in Euro)	Beteiligungsanteil	Eigenkapital	Ergebnis
1. Verbundene Unternehmen			
a) Versicherungsgesellschaften			
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG*	100,00%	66.830.937,34	22.929.249,07
ARAG Österreich Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Wien	100,00%	13.234.928,18	3.141.260,59
ARAG Assicurazioni Rischi Automobilistici e Generali S.p.A., Verona	99,99%	16.449.245,97	398.884,09
ARAG Compania Internacional de Seguros y Reaseguros, S.A., Barcelona	100,00%	35.625.131,75	7.642.064,38
ARAG Plc., Bristol (bisher: Manchester)**	99,99%	582.154,90	-1.368.325,69
ARAG-Niederland Algemene Rechtsbijstand Verzekeringsmaatschappij N.V., Leusden	99,80%	22.517.242,00	7.096.958,00
ARAG S.A. Assurance en Protection Juridique, Brüssel	79,96%	2.306.538,00	-14.344.168,00
b) Andere Gesellschaften – Kapitalgesellschaften			
ARAG International Holding GmbH, Düsseldorf	100,00%	40.727.333,32	1.820.520,85
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	100,00%	8.079.447,18	120.969,06
ARAG Service Center GmbH, Düsseldorf	80,00%	215.314,94	4.083,17
ARAG IT GmbH	100,00%	9.348.886,69	-108.421,55
Cura Gesellschaft für Vermögensverwaltung und für Vermittlung mbH, Düsseldorf	62,00%	4.391.334,82	161.290,17
IGD Immobilien GmbH	100,00%	76.866,92	5.034,75
Interiura International AG, Düsseldorf***	100,00%	4.679.259,16	-655.660,46
TERRA Gesellschaft für Finanzdienstleistungen und Beratung mbH, Düsseldorf	95,43%	67.133,61	-1.778.004,91
Solfin GmbH, Düsseldorf	75,10%	332.188,17	127.514,59
ARAG-France S.A.R.L. Assistance et Reglement de Sinistres Automobiles et Generaux	100,00%	15.888,76	-3.379,92
ARAG Szolgáltató Zártkörűen Működő Részvénytársaság végelszámolás alatt, Budapest	100,00%		Gesellschaft wurde liquidiert
ARAG-pojist'ovna právní ochrany a.s. likvidaci, Prag	100,00%		in Liquidation
Interiura – Sociedade Internacional Reguladora de Sinistros, LDA	25,00%	102.730,38	9.211,68
VIA Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	48,00%	390.446,21	25.104,50
c) Andere Gesellschaften – Personengesellschaften			
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungs-GmbH & Co. Immobilien KG, Düsseldorf	50,00%	5.914.116,12	204.631,66
IGD Immobilien GmbH & Co. Dresden KG, Düsseldorf	94,90%	7.310.196,30	-94.974,88
2. Assoziierte Unternehmen			
Allrecht Rechtsschutzversicherung AG, Düsseldorf	26,00%	9.322.887,46	749.499,30
Winterthur-ARAG Rechtsschutzversicherungs-Gesellschaft, Schweiz***	29,17%	11.118.193,49	1.548.740,93
Janolaw AG, Sulzbach***	25,10%	1.636.232,70	29.046,01
Help Forsikring AS, Oslo	33,40%	5.422.942,84	-3.164.990,15
3. Beteiligungen			
ARCAP Columbus Immobilien Fonds Nr. VI KG***	26,54%	4.572.349,61	10.453.157,75

* Ergebnis vor Gewinnabführung

** kein Versicherungsunternehmen, sondern Vermittler

*** Zahlen aus Jahresabschluss des Vorjahres

Die Bewertung der **Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen sowie der sonstigen festverzinslichen und nicht festverzinslichen Wertpapiere** erfolgt gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 2 HGB in der Fassung des Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetzes wurde kein Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 12.632.331,70 € auf Fondsanteile und in Höhe von 40.200,00 € auf festverzinsliche Wertpapiere vorzunehmen. Wertaufholungen nach § 280 Abs. 1 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 2.191,17 € auf Fondsanteile durchgeführt.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagiobeträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung linear verteilt. Agiobeträge werden aktiviert und planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Forderungen** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Von den **Forderungen an Versicherungsnehmer** wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko abgesetzt; die **Forderungen an Vertreter** werden durch Einzelwertberichtigungen und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert.

Die **Sachanlagen** werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungskosten aktiviert und linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben.

Der Bestand an **Vorräten** wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten, die um angemessene Abschläge zur Berücksichtigung von Lagerrisiken und Marktgängigkeit vermindert wurden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten bilanziert.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten überwiegend abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Der **Steuerabgrenzungsposten nach § 274 Abs. 2 HGB** berücksichtigt die voraussichtliche Steuerentlastung späterer Geschäftsjahre in Höhe der derzeitigen Ertragsteuersätze aufgrund von temporären Unterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt.

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden zur Verbesserung der Eigenmittel bei der Konzernsolvenz im Wege des „Private Placement“ emittiert. Die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Die Papiere sind nicht an einem organisierten Markt im Sinne von § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes im Inland handelbar.

Der **Sonderposten mit Rücklageanteil** enthält Veräußerungsgewinne von im Geschäftsjahr 2004 und 2007 veräußerten Grundstücken gemäß § 273 HGB in Verbindung mit § 6b Abs. 3 EStG.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden gemäß BMF-Schreiben IV B/5 – S 2750 – 15/74 vom 30. April 1974 um die nicht übertragsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Nach Rücksprache mit dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) wird davon ausgegangen, dass diese Regelung nicht durch das BMF-Schreiben IV C 9 – O 1000 – 86/5 vom 7. Juni 2005 zum Bürokratieabbau aufgehoben wurde. Als nicht übertragsfähige Einnahmeteile werden danach 85 Prozent der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete sowie für bis zum Bilanzstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Schäden gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen nach § 341g Abs. 1 HGB auf der Grundlage des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 ermittelt. Die Schadenrückstellung wurde um Regressforderungen gekürzt, mit deren Realisierung im Laufe des Jahres 2008 zu rechnen ist. Das Bewertungsverfahren wurde gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Bestimmungen in § 20 Abs. 2 KStG in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchstabe a EStG wurden wegen der Unvereinbarkeit mit dem Imparitätsprinzip bei dem handelsrechtlichen Wertansatz ignoriert. Unabhängig davon ergäbe sich bei der Anwendung des BMF-Schreibens IV C 6 – S 2775 – 9/00 vom 5. Mai 2000 bezüglich der „realitätsnahen Bewertung“ kein Auflösungsbedarf.

Die Anwendung des steuerlichen Abzinsungsgebotes für Rückstellungen gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3e EStG führte zu einer Erhöhung der Ertragsteuerbemessungsgrundlage von 332.827,77 €.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des übernommenen Rückversicherungsgeschäftes wurde nach den Aufgaben der Erstversicherer bilanziert. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Regelungen in den Rückversicherungsverträgen errechnet.

Die **Schwankungsrückstellung** für das **übernommene Versicherungsgeschäft** wird nach § 29 Rech-VersV angesetzt und bewertet. Im Geschäftsjahr konnte die vollständige Auflösung wegen des Eintritts eines Überschadens erfolgen. Die Notwendigkeit der Bildung einer Schwankungsrückstellung für das **selbst abgeschlossene Geschäft** wurde überprüft. Wegen einer Standardabweichung von weniger als 5 Prozent bei den Schadenquoten des Beobachtungszeitraumes von der durchschnittlichen Schadenquote ist eine Schwankungsrückstellung zum 31. Dezember 2007 nicht zu dotieren.

Die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesene **Stornorückstellung** wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wurde wie die **Rückstellung für Beitragsfreistellung** im Falle der Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit des Versicherungsnehmers in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs ermittelt.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** wird nach den Bestimmungen des § 6a EStG durchgeführt. Als Rechnungsgrundlage für die Teilwertermittlung wird die Richttafel von Dr. Klaus Heubeck 2005G verwendet. Abweichend davon wurde für die Abzinsung ein Zinssatz von 5,25 Prozent angewendet, um eine Bewertung an der Untergrenze des nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung Vertretbaren zu vermeiden. Nur für steuerliche Zwecke wurde die Drittelung des Unterschiedsbetrages aus der Bewertung nach der Generationentafel 2005G zu den Barwerten nach der Richttafel von Dr. Klaus Heubeck 1998 gemäß § 6a Abs. 4 Satz 2 EStG vorgenommen, handelsrechtlich wurde der Unterschiedsbetrag bereits ab 2005 in voller Höhe angesetzt. Das Wahlrecht gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden.

Eine **Rückstellung für latente Steuern** gemäß § 274 Abs. 1 HGB war nicht zu bilden.

Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen wurden für den Personenkreis gebildet, mit dem einzelvertragliche Vereinbarungen bestehen. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäß dem **Altersteilzeitabkommen** für das private Versicherungsgewerbe vom 11. Juni 1997 nach der IDW-Verlautbarung vom 18. November 1998 unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,5 Prozent gebildet. Dabei wurde bei Anwärtern, mit denen noch keine konkrete Vereinbarung getroffen wurde, die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen sowie die natürliche Fluktuation der Mitarbeiter berücksichtigt.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Für Jubiläumswahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine Jubiläumsrückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgte entsprechend den Bestimmungen des § 6 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 EStG unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,5 Prozent. Die Einschränkung für die steuerliche Berechnung nach § 52 Abs. 6 EStG wurde in der Handelsbilanz nicht berücksichtigt.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet.

Alle **Verbindlichkeiten**, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Rückzahlungsbetrag bewertet. Das steuerliche Abzinsungsgebot nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG wurde nur zur Ermittlung der Ertragsteuerbemessungsgrundlage, nicht jedoch beim Wertansatz der Verbindlichkeiten berücksichtigt, da dies nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB unzulässig ist.

Währungsumrechnung Die Anschaffungskosten der Kapitalanlagen sind mit dem Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt ermittelt.

Für die Ermittlung des Börsen- oder Marktpreises werden ausländische Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen unter Zugrundelegung eines mittelfristig realisierbaren Devisenkurses bewertet; alle anderen Vermögensanlagen werden mit dem Devisenkurs zum Auszahlungszeitpunkt oder dem niedrigeren Währungskurs am Bilanzstichtag bewertet. Die übrigen Aktiva und Passiva werden mit dem Devisenkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet. Die Erträge und Aufwendungen werden mit dem Devisenkurs zum Zeitpunkt des Zu- beziehungsweise Abflusses umgerechnet.

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Für die Zeitwertermittlung liegen intern erstellte Wertgutachten vor. Diese entsprechen den Erfordernissen nach § 55 Abs. 3 RechVersV. Bei zeitnah erworbenen Immobilien sowie bei durch Umbaumaßnahmen vollständig modernisierten Immobilien wurden die Buchwerte als Zeitwerte angesetzt.

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren (Discounted-Cashflow-Methode) bewertet. Teilweise konnten Bewertungsgutachten oder Kurswerte aus Anteilskäufen beziehungsweise -verkäufen verwendet werden. Bei den Gesellschaften, die schwerpunktmäßig Dienstleistungen für den ARAG Konzern erbringen, sowie bei Zwischenholdinggesellschaften wurde der Zeitwert in Höhe des anteiligen Substanzwertes angegeben. Für Beteiligungen und Anteile, die zeitnah erworben wurden, ist der Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt worden.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen Die Zeitwerte der Bilanzpositionen B. III. 1. und 2. entsprechen den Börsen- oder Marktwerten am Bilanzstichtag.

In der Aufstellung der „Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2007“ sind die Zeitwerte angegeben.

Die „Anderen Vermögensgegenstände“ setzen sich wie folgt zusammen:

(in Euro)	2007	2006
Erstattungsanspruch für KSt/SolZ des Geschäftsjahres	2.095.388,59	4.354.847,62
Erstattungsanspruch für KSt/SolZ der Vorjahre	4.841.922,36	2.892.175,00
Noch nicht fälliger Steuererstattungsanspruch wegen Feststellungen der Betriebsprüfung	2.547.699,83	1.714.662,51
Anspruch nach § 37 Abs. 5 KStG	10.362.928,75	9.916.678,23
Erstattungsanspruch GewSt	0,00	190.546,78
Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen	890.901,00	763.700,00
Summe	20.738.840,53	19.832.610,14

II. Versicherungstechnische Angaben

(in Tausend Euro)

Gebuchte Bruttobeiträge
Verdiente Bruttobeiträge
Verdiente Nettobeiträge
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
davon Abschlussaufwendungen
davon Verwaltungsaufwendungen
Rückversicherungssaldo
Versicherungstechnisches Ergebnis brutto
Versicherungstechnische Bruttorekstellungen insgesamt
davon Bruttorekstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

(in Stück)	2007	2006
Inland	1.590.043	1.672.086
Ausland	34.968	35.200
Gesamt	1.625.011	1.707.286

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft		Gesamtes Versicherungsgeschäft	
2007	2006	2007	2006	2007	2006
329.173	333.604	9.097	7.516	338.270	341.120
330.581	335.107	8.814	7.417	339.395	342.524
328.908	333.376	8.813	7.417	337.721	340.794
207.580	215.633	10.216	3.962	217.796	219.595
127.015	138.386	3.943	3.249	130.958	141.635
39.661	45.358	-	-	39.661	45.358
87.354	93.028	3.943	3.249	91.297	96.277
-498	99	-	-	-498	99
-1.801	-16.754	-2.154	-441	-3.955	-17.195
626.652	619.536	17.150	16.018	643.802	635.554
553.297	544.478	14.787	10.746	568.084	555.224
-	-	-	3.192	-	3.192

III. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2007:

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

(in Euro)	Bilanzwerte 2006	Zugänge
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	542.565,00	286.409,04
2. Summe A.	542.565,00	286.409,04
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	84.716.187,54	334.441,34
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	232.364.487,24	19.307.900,88
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.975.495,80	0,00
3. Beteiligungen	22.203.541,23	6.456.628,94
4. Summe B II.	257.543.524,27	25.764.529,82
B III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	558.000.902,68	54.795.295,40
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.955.000,23	670.000,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	8.911.817,49	0,00
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	20.511.291,88	7.045.167,52
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	70.338.756,43	10.000.000,00
c) übrige Ausleihungen	201.411,91	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	21.157.887,27	435.112,73
6. Andere Kapitalanlagen	131.190,94	0,00
7. Summe B III.	691.208.258,83	72.945.575,65
Summe B I. bis B III.	1.033.467.970,64	99.044.546,81
Insgesamt	1.034.010.535,64	99.330.955,85

* Für die Ermittlung der Marktwerte von nicht börsennotierten Papieren wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- oder Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers werden von Banken zur Verfügung gestellt und berücksichtigt. Der gefundene Wert stellt die Wertuntergrenze dar, die nur dann realisiert wird, wenn aufgrund von Liquiditätsengpässen Verkäufe erfolgen müssen. Liquiditätsengpässe bestehen derzeit nicht und werden auch langfristig nicht eintreten, sodass tatsächlich keine stillen Lasten bestehen.

Umbuchungen	Abgänge	Währungskurs- anpassungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 2007	Zeitwert
0,00	0,00	0,00	0,00	338.688,04	490.286,00	
0,00	0,00	0,00	0,00	338.688,04	490.286,00	
0,00	23.972.998,14	0,00	460.162,69	411.234,10	61.126.559,33	73.497.136,00
0,00	1.118.181,74	0,00	6.000.000,00	6.596.069,51	249.958.136,87	545.996.000,00
0,00	517.427,18	0,00	0,00	0,00	2.458.068,62	2.458.068,62
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.660.170,17	31.010.000,00
0,00	1.635.608,92	0,00	6.000.000,00	6.596.069,51	281.076.375,66	579.464.068,62
0,00	40.656.128,06	0,00	22.684,39	12.632.361,70	559.530.392,71	562.482.666,06
0,00	617.017,34	0,00	0,00	40.200,00	11.967.782,89	12.295.810,50
0,00	911.817,49	0,00	0,00	0,00	8.000.000,00	8.000.000,00
0,00	2.045.167,52	0,00	0,00	0,00	25.511.291,88	24.936.969,61*
0,00	10.225.837,62	0,00	0,00	0,00	70.112.918,81	68.220.013,52*
0,00	147.208,73	0,00	0,00	0,00	54.203,18	54.203,18
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21.593.000,00	21.593.000,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	131.190,94	131.190,94
0,00	54.603.176,76	0,00	22.684,39	12.672.561,70	696.900.780,41	697.713.853,81
0,00	80.211.783,82	0,00	6.482.847,08	19.679.865,31	1.039.103.715,40	1.350.675.058,43
0,00	80.211.783,82	0,00	6.482.847,08	20.018.553,35	1.039.594.001,40	

zu B I.: Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit einem Bilanzwert von 580.668,87 € (Vj. 7.794.453,36 €) werden für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt.

Daneben besteht eine Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden GbR, deren ausschließliche Aufgabe die Verwaltung eines Verwaltungsgebäudes ist, mit einem Buchwert von 54.052.286,71 € (Vj. 53.603.189,55 €).

Das von der GbR verwaltete Gebäude (ARAG Hauptverwaltung) wird zu 97,58 Prozent für den eigenen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft genutzt. Die anderen Anteile werden durch verbundene Unternehmen für deren Geschäftsbetrieb genutzt.

Eigenkapital

(in Euro)	2007	
Gesamt		254.657.667,87
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital beträgt		100.000.000,00
Das Grundkapital ist eingeteilt in 62.500 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Alle Aktien sind voll eingezahlt. Der AFI Verwaltungs-Gesellschaft, Düsseldorf, und der ARAG Aktiengesellschaft, Düsseldorf, gehören jeweils mehr als der 4. Teil der Aktien der Gesellschaft. Der ARAG Aktiengesellschaft gehört mittelbar die Mehrheit des Aktienkapitals der Gesellschaft.		
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB		
Vortrag zum 01.01.2007	54.972.569,19	
Keine Veränderung im Geschäftsjahr	0,00	
Stand am 31.12.2007		54.972.569,19
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		
Vortrag zum 01.01.2007	8.265.500,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis 2007	834.543,00	
Stand am 31.12.2007		9.100.043,00
2. Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag zum 01.01.2007	73.800.000,00	
Einstellungen der Hauptversammlung	900.000,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis 2007	0,00	
Stand am 31.12.2007		74.700.000,00
		83.800.043,00
IV. Bilanzgewinn		
Bilanzgewinn am 31.12.2006		20.928.734,80
Gewinnverwendung: Dividendenausschüttung		-20.000.000,00
Gewinnverwendung: Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-900.000,00
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		28.734,80
Jahresüberschuss 2007		16.690.863,88
Einstellungen in die gesetzliche Rücklage (§ 150 Abs. 2 AktG)		-834.543,00
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		0,00
Bilanzgewinn am 31.12.2007		15.885.055,68

Sonderposten mit Rücklageanteil Für im Berichtsjahr und im Geschäftsjahr 2004 veräußerte Grundstücke und Gebäude wurde gemäß § 273 HGB in Verbindung mit § 6b Abs. 3 EStG ein Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 5.573.079,12 € gebildet.

Sonstige Rückstellungen

(in Euro)	2007	2006
Ausstehende Vergütungen an Mitarbeiter	4.711.729	6.150.378
Sozialplan- und Umstrukturierungsverpflichtungen	2.911.665	5.158.813
Wettbewerbsauslobungen für den Vertrieb	709.000	445.900
Vorruhestand und Altersteilzeitverpflichtungen	6.094.753	7.202.497
Jubiläumsrückstellung	1.901.828	1.995.035
Leerstandskosten angemieteter Immobilien	46.600	170.000
Ausgleichsansprüche von Vertretern	48.000	217.933
Betriebsstätte Griechenland	144.474	133.646
Übrige sonstige Rückstellungen	3.774.627	3.743.549
Summe	20.342.676	25.217.751

Rechnungsabgrenzungsposten Hierin sind 86,7 T€ (Vj. 57,1 T€) passivierte Unterschiedsbeträge nach § 341c Abs. 2 HGB enthalten, die planmäßig entsprechend der Laufzeit der betreffenden Kapitalanlagen aufgelöst werden.

Sonstige Angaben nach § 251 und § 285 HGB Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäftes entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Folgende ausstehende Einlagen entfallen auf die Gesellschaft:

	in Euro
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	15.289.465,00
ARAG Nederland Algemene Rechtsbijstand Verzekeringsmaatschappij N.V.	722.701,18
ARAG S.A. Assurance en Protection Juridique	3.198.400,00
ARAG IT GmbH	1.495.000,00
Allrecht Rechtsschutzversicherung AG	947.000,00
RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG	2.195.165,98

Sämtliche ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Mit einer Einforderung ist vonseiten der RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG kurzfristig zu rechnen.

Aus einem Rückversicherungsverhältnis sind festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 10.125.782,89 € zugunsten einer Tochtergesellschaft verpfändet.

Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 2 HGB in Höhe von zirka 2,5 Millionen € auf den Beteiligungsbuchwert an einer Beteiligung waren nicht durchzuführen, da der gefundene Vergleichswert nach dem DCF-Verfahren nicht nachhaltig ist. Zukünftig ist mit weiteren Ergebnisverbesserungen bei der Tochtergesellschaft zu rechnen.

Mit dem Abschlussprüfer wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 **Honorare** in Höhe von 164.000 € (Vj. 159.500 €) vereinbart. Dieser Betrag ist im Geschäftsjahr 2007 als Aufwand erfasst. Die Umsatzsteuer auf diesen Betrag ist zusätzlich als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht.

IV. Sonstige Angaben

Im außerordentlichen Ergebnis des Vorjahres sind die direkten und die mittelbaren Auswirkungen aus der beschlossenen und in Angriff genommenen Umstrukturierung – Abfindungskosten sowie Leerstandskosten und Rückbauverpflichtungen für die Schließungen von Außenstellen – in Höhe von insgesamt 7,8 Millionen € enthalten. Zur Vermeidung einer tendenziellen Unterbewertung der Pensionsrückstellung, die bisher nach § 6a EStG bewertet wurde, ist bereits im Vorjahr die Abzinsung auf den langfristigen Zinssatz von 5,25 Prozent angepasst worden. Die zusätzliche Zinszuführung in Höhe von 9,3 Millionen € war im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Tausend Euro)	2007	2006
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	56.713	53.304
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	6.916	7.733
3. Löhne und Gehälter	59.182	64.005
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	9.799	11.420
5. Aufwendungen für Altersversorgung	4.464	6.839
6. Aufwendungen insgesamt	137.074	143.301

Mitarbeiter Die ARAG Rechtsschutz hat im Geschäftsjahr 2007 durchschnittlich 1.163 (Vj. 1.346) Mitarbeiter beschäftigt. Zum 31. Dezember 2007 waren im Unternehmen 1.099 (Vj. 1.319) Mitarbeiter angestellt.

Aufteilung des Mitarbeiterbestandes

Bereich	Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2006
Konzernfunktionen	89	96
Rechnungswesen, Vermögensverwaltung, Steuern, zentrale Dienste	191	208
Vertrieb	299	330
Kunden- und Schadenservice	385	542
Betriebsorganisation	29	25
Verwaltung von Auslandsbeteiligungen	10	10
Mitarbeiter der Niederlassungen	24	25
Passive Mitarbeiter (Betriebsrat, Elternzeit, Altersteilzeit)	72	83
Insgesamt	1.099	1.319
Zusätzlich: Auszubildende	19	20

Bezüge des Aufsichtsrates, des Beirates und des Vorstandes nach § 285 Nr. 9a HGB Der Aufwand für Bezüge des Aufsichtsrates betrug 400.683,50 €, der für den Beirat 43.204,50 €. An Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für Vorjahre Nachzahlungen in Höhe von 10.964,86 € und an Mitglieder des Beirates 2.043,65 € wegen Umsatzsteuernachforderungen der Finanzverwaltung geleistet.

Die Bezüge des Vorstandes betragen 3.845.971,93 €, die der früheren Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen 1.369.449,46 €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für frühere Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen wurde eine Rückstellung in Höhe von 23.304.002 € gebildet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Beirates sowie des Vorstandes sind auf den Seiten 48 und 49 des Berichtes angegeben.

Konzernzugehörigkeit Die Gesellschaft und ihre Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss der ARAG Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2007 einbezogen werden. Der Konzernabschluss der ARAG Aktiengesellschaft wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums für Justiz veröffentlicht werden.

Düsseldorf, den 9. April 2008

Der Vorstand

Dr. Paul-Otto Faßbender

Dr. Jan-Peter Horst

Dr. Johannes Kathan

Werner Nicoll

Hanno Petersen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ARAG Allgemeine Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 10. April 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alfons Koch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jens-Erik Paustian
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstandes kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete ihn regelmäßig, sowie schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich war, hat der Aufsichtsrat dazu ausführliche schriftliche Informationen vom Vorstand erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen. Zu Maßnahmen gemäß § 111 Abs. 2 Satz 1 AktG bestand keine Veranlassung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Aufsichtsrat in sechs Sitzungen von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren.

Im Berichtszeitraum hat sich der Aufsichtsrat vertieft mit Themen wie interne Organisation, Berichterstattung zum Risikomanagement, Vertriebsstrategie sowie mit dem Verlauf des Effizienzsteigerungsprogrammes „Triathlon“ beschäftigt.

Der Aufsichtsrat hat vier Ausschüsse gebildet. Der Finanzausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr sechs Mal getagt. Er befasste sich insbesondere mit der Anlage und der Effizienz der Kapitalanlagen. Weitere Beratungsschwerpunkte waren das Risk Management, die Revision und die Investitionen in ausländische Beteiligungen. Der Bilanzausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr fünf Mal getagt. Er befasste sich insbesondere mit dem Jahresabschluss der Gesellschaft und den innerhalb des Geschäftsjahres aufgestellten Zwischenabschlüssen. Der Personalausschuss hat im Geschäftsjahr 2007 sechs Mal getagt. Er hat sich insbesondere mit Fragen des Vorstandes beschäftigt. Darüber hinaus waren Fragen der Pensionsregelungen zu behandeln.

Der Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG wurde nicht einberufen.

Über die Sitzungen und die Arbeit der Ausschüsse ist in den Plenumsitzungen ausführlich berichtet worden. Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch den Aufsichtsrat am 14. Mai 2007 gewählten und mit der Prüfung beauftragten Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinnes und der Bericht des Abschlussprüfers sind allen Bilanzausschussmitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig vor der Sitzung des Bilanzausschusses am 4. April 2008 ausgehändigt

worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrates und des Bilanzausschusses über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Bilanzausschuss hatte sich vor der Sitzung des Aufsichtsrates eingehend mit diesen Unterlagen befasst und dem Aufsichtsrat eine Billigung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes empfohlen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinnes geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung und unter Berücksichtigung des Berichtes des Bilanzausschusses dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinnes an. Herr Bilsing ist zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine Aufgaben hat Herr Dr. Kathan übernommen. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstandes Entlastung zu erteilen.

Der vom Vorstand gemäß § 312 AktG vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ebenfalls geprüft. Die Prüfung umfasste auf der Grundlage des Rechtes auf Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft und der durch den Vorstand vorgelegten Berichte und Informationen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben in dem Bericht. Beanstandungen ergaben sich durch die Prüfung nicht.

Der Abschlussprüfer hat den Bericht des Vorstandes nach § 312 AktG ebenfalls geprüft und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat an. Gegen die Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 21. April 2008

Der Aufsichtsratsvorsitzende
Gerd Peskes

Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:

Gerd Peskes	Wirtschaftsprüfer, Essen Vorsitzender
Dr. Tobias Bürgers	Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Dubs	Universitätsprofessor, St. Gallen, Schweiz
Dr. Peter Feldhausen	Rechtsanwalt/Steuerberater, Düsseldorf
Dr. Burkhard Hirsch	Rechtsanwalt, Düsseldorf
Dr. Karl-Heinz Strohe	Rechtsanwalt, Köln

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

Manfred Lambertz	Korschenbroich stellv. Vorsitzender
Willi Adam	Düsseldorf (seit 25. Juli 2007)
Joachim Felix	Vertreter der Gewerkschaft Verdi, Köln
Ralf Gemeinhardt	Beelitz (bis 5. Juni 2007)
Uschi Jaeckel	Vertreterin der Gewerkschaft Verdi, Mülheim (bis 5. Juni 2007)
Dagmar Klaff	Kaarst (bis 5. Juni 2007)
Peter Leif	Dormagen (seit 25. Juli 2007)
Ralf Sohlmann	Hattingen (bis 5. Juni 2007)
Beate Weber	Vertreterin der Gewerkschaft Verdi, Wuppertal (seit 25. Juli 2007)

	Richard Wenhart	Buch a. Erlbach (seit 25. Juli 2007)
Der Beirat	Christoph Buchbender	Vorstandsmitglied, Neuss Vorsitzender
	Rainer Gebhart	Vorstandsmitglied, Rosenheim stellv. Vorsitzender
	Josef Kürten	Ehrenoberbürgermeister, Düsseldorf Ehrenvorsitzender
	Bernhard Gertz	Oberst, Bad Honnef
	Werner Gremmelmaier	Vorstandsmitglied, Neukeferloh
	Dr. Volker Himmelseher	Diplom-Kaufmann, Pulheim
	Dr. h. c. Horst Klosterkemper	Diplom-Ingenieur/Diplom-Wirtschafts-Ingenieur, Düsseldorf
	Klaus-Heiner Lehne	Rechtsanwalt, Düsseldorf
	Friedrich-Wilhelm Metzeler	Rechtsanwalt/Diplom-Kaufmann, Düsseldorf
	Hans Schwarz	Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Düsseldorf i. R., Düsseldorf
Der Vorstand	Dr. Paul-Otto Faßbender	Düsseldorf Vorsitzender
	Gerhard Bilsing	Düsseldorf (bis 3. Dezember 2007)
	Dr. Jan-Peter Horst	Erkrath
	Dr. Johannes Kathan	Düsseldorf
	Werner Nicoll	Herzogenrath
	Hanno Petersen	Ratingen

Informationen

Mit zahlreichen Publikationen, aber auch im Internet bietet Ihnen die ARAG ein breites Angebot an Informationen rund um den Konzern, über Versicherungsprodukte und Serviceleistungen. Natürlich fehlen beim Rechtsschutzspezialisten ARAG auch nicht die ausgewählten Tipps und Ratgeber zum Thema Recht. Wenn Sie Fragen haben, ein Versicherungsangebot wünschen oder sich nur grundlegend informieren möchten: Nehmen Sie Kontakt mit uns auf oder besuchen Sie unsere Homepage im Internet.

Aktuelle Informationen zum Konzern erhalten Sie unter folgender Adresse:

ARAG
Konzernkommunikation
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf

Telefon (02 11) 9 63 22 18
Telefax (02 11) 9 63 20 25
(02 11) 9 63 22 20
E-Mail medien@ARAG.de

Wünschen Sie ein individuelles Angebot? Per Telefon, Fax oder Mail sind wir stets für Sie erreichbar:

Telefon (02 11) 98 700 700
Telefax (02 11) 9 63 28 50
E-Mail service@ARAG.de

Im Internet erhalten Sie aktuelle Informationen zum Konzern und zu unseren Produkten über unsere Homepage:

www.ARAG.de

Impressum

Redaktion
Gestaltung
Fotografie
Satz
Druck

ARAG Konzernkommunikation
Kuhn, Kammann & Kuhn AG, Köln
Andreas Fechner, Düsseldorf
Zerres GmbH, Leverkusen
Druckpartner, Essen



ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf
www.ARAG.de